NABU

Resolution

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen – Natur und Umwelt besser schützen!

Deutschland übernimmt am 1. Januar 2007 erneut für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union sowie den Vorsitz der Gemeinschaft der acht leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Erde (G 8). Deutschland übernimmt damit eine große Verantwortung sowohl für die ökologisch nachhaltige Ausgestaltung einzelner Politikfelder als auch für die Zukunft der Europäischen Union insgesamt! So hat die Bundesregierung wiederholt erklärt, die vorerst gescheiterte Diskussion über die Europäische Verfassung wieder in Gang zu bringen. Das 50jährige Jubiläum der Römischen Verträge im März 2007 ist hierfür ein geeigneter Zeitpunkt. Umfragen belegen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas eine gesunde und lebenswerte Umwelt wollen. Im Umweltbereich hat die EU das besondere Vertrauen der Bevölkerung – dies sollte gerade in Zeiten der „Euroskepsis“ genutzt werden.

Im Rahmen der Verhandlungen muss daher sichergestellt werden, dass das Ziel einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung adäquat in der Verfassung verankert wird und Rückschritte gegenüber der gegenwärtigen Rechtsetzung verhindert werden. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung ihre Ratspräsidentschaft sowie den im Juni 2007 in Deutschland stattfindenden G8-Gipfel nutzen, verstärkte Anstrengungen für den Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erreichung des 2010-Zieles, das Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen, zur Steigerung der Energieeffizienz und beim Klimaschutz, sowie einen besseren Schutz der Weltmeere und Primärwälder durchzusetzen.

Die Bundesvertreterversammlung des NABU fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft insbesondere

- eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz voranzubringen. Zentrale Handlungsfelder sind der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, energieeffiziente Kraftfahrzeuge, energieeffiziente Geräte und energieeffiziente Gebäude,
- sektorspezifische Ausbauziele für Erneuerbare Energien so festzulegen, dass ein übergeordnetes Ausbauziel von mindestens 25% Anteil Erneuerbaren Energien am Gesamtprimärenergiebedarf der EU bis 2020 erreicht wird,
- eine Harmonisierung und Verbesserung des EU-Emissionshandelssystems im Rahmen des Review-Prozesses der EU-ETS Richtlinie für post-2012 zu forcieren. Ein wichtiges Element wird hier die verpflichtende Einführung der Auktionierung sein,
- sich auf EU-, nationaler und Länderebene für die Vervollständigung des kohärenten Netzes „Natura 2000“; - insbesondere für den Bereich mariner Schutzgebiete - einzusetzen, sowie die rechtliche Sicherung der Gebiete, ihr Management und ein kontinuierliches Monitoring sicherzustellen,
- auf EU-Ebene die Weichen für eine bessere Finanzierung von „Natura 2000“ stellen und hierfür erste Impulse für eine Reform des EU-Budgets (einschließlich Agrar-, Struktur- und Fischereipolitik) im Jahr 2008 zu geben, die auch die seit langem geforderte vollständige Integration des Natur- und Umweltschutzes in alle Politikbereiche zum Inhalt haben sollte,

- sich aufbauend auf den Ergebnissen der finnischen EU-Ratspräsidentschaft für die Verabschiedung einer anspruchs- und wirkungsvollen EU-Richtlinie zum Meeresschutz einzusetzen, deren Ziele auch für die EU-Fischereipolitik verbindlich sind,
- sich innerhalb der EU und der G 8 für die Etablierung von Meeresschutzgebieten in den europäischen Meeresgebieten sowie auf Hoher See einzusetzen,
- auf EU- und internationaler Ebene rechtsverbindliche Regelungen für den Schutz von Primärwäldern gegen illegale Holzeinschläge zu verhandeln,
- für nachwachsende Rohstoffe einen verbindlichen Kriterienkatalog oder ein Zertifizierungssystem zu erarbeiten, das deren nachhaltige Erzeugung innerhalb und außerhalb der EU unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf Ökosysteme und Biodiversität garantiert,
- die Verhandlungen zur 'Vermiedenen Entwaldung' bzw. zur ‚Vermiedenen Zerstörung von Mooren' als Querschnittsaufgabe von UNFCCC und CBD so voranzutreiben, dass sowohl langfristiger Schutz der letzten Urwälder und Moore als auch die dringende Reduktion fossiler CO_2 Emissionen garantiert werden, sowie
- als Vorbild für andere EU-Mitgliedstaaten und Vertragsstaaten der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) eine ambitionierte nationale Biodiversitätsstrategie zu verabschieden und bis 2008 zu implementieren, um als Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai 2008 in Bonn mit gutem Beispiel voranzugehen!

Eingebracht am 6.11.2006 vom NABU-Bundesverband. Verabschiedet durch die BVV am 11.11.2006